

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postamt Nr. 22.

Postamt Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 111.

Sonnabend, 15. Mai 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 3.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bemerkung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Zeilen) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz besonders gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überschnittpunkte Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verkauf: Panzer & Winterlich, Riesa. Verantwortlich für den Inhalt: Arthur Fährmann, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die nachstehend unter \odot angeführten Veränderungen einiger Preise der Deutschen Anzeigertafel 1920 treten am 10. Mai 1920 in Kraft. Dresden, am 11. Mai 1920.

Ministerium des Innern.		893 IV Mh.	
		1464	
Acidum salicylicum	1 g — 0,30	10 g — 2,45	100 g — 19,70
Balsamum peruvianum	1 g — 1,40	10 g — 11,25	100 g — 90,05
Mentholum valerianicum	1 g — 8,—	10 g — 48,15	100 g — 481,50
Natrium salicylicum	1 g — 0,35	10 g — 2,70	100 g — 21,85
Pyramidon	0,1 g — 1,10	1 g — 9,—	10 g — 7,80
Validol	1 g — 6,75	10 g — 54,15	100 g — 541,50
Validol camphoratum	1 g — 6,75	10 g — 54,15	100 g — 541,50

Ausgabe von Wochenkartoffelarten.

Diejenigen Kartoffelverbraucher, die seinerseits den „C“-Abschnitt der Landeskartoffelkarte mit dem Antrage auf Wochenverteilung zurückgeben haben, treten ab 16. Mai 1920 in die Wochenverteilung ein. Sie können die Wochenkartoffelarten am

Montag, den 17. Mai 1920 im Rathaus, Kartenausgabestelle, Zimmer Nr. 13 in Empfang nehmen und zwar die Bewohner der Brotkartenausgabebereiche **Hotel Stern, Polizeiwache und Hotel Kronprinz** nachmittags von 2 bis 3 Uhr, **Knabenstraße, Elbterrasse und Karlschule** nachmittags von 3 bis 4 Uhr, **Gute Quelle, Dombadische, Stadt Dresden und Deutsches Haus** nachmittags von 4 bis 5 Uhr.

Brotausweiserte ist vorzulegen. Diejenigen Personen, die die Befreiung des „C“-Abschnittes durch die Stadt bereits beantragt haben, wollen ihre Landeskarten zu den obengenannten Zeiten zwecks Abstempelung vorlegen. Auch hierbei ist die Brotausweiserte mit vorzulegen. Wenn irgend möglich, wollen wir die „C“-Abschnitte alsbald beliefern. Nähere Bekanntmachung hierüber wird im Laufe nächster Woche erfolgen. Gleichzeitige werden neuen Vorlegung der Brotausweiserte und des Kopffeldes der bisherigen Landeskartoffelkarte die neuen Wochenkarten für Kinder bis zu 4 Jahren zu den obengenannten Zeiten ausgegeben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 14. Mai 1920.

Kleinhandelshöchstpreis für Kartoffeln.

Infolge der am 26. April 1920 eingetretenen Erhöhung des Prämienschlages sind wir gezwungen, den Kleinhandelshöchstpreis für Kartoffeln ab 17. Mai 1920 wie folgt festzusetzen:

20 Mt. 50 Pf. für 1 Str. bei Abgabe von 1—10 Str.

— Mt. 21 Pf. für 1 Bund bei Abgabe unter 1 Str. beim pfundweiser Abgabe.

Der Rat der Stadt Riesa, am 15. Mai 1920.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 15. Mai 1920.

„Deffentliche Wahlversammlung. Ueber „Und dennoch Demokratie!“ sprach gestern abend in einer öffentlichen Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei im „Stern“ Herr Ministerialdirektor Dr. Dehne, Dresden. Der Vortragende ist vor Jahren Bürgermeister unserer Stadt gewesen, hier also in weiten Kreisen bekannt und angesehen, und dieser Umstand hat wohl nicht verfehlt, für den Vortrag, der ein überaus starker war, einzuwirken. Dank seiner ruhigen und sachlichen, man möchte sagen, verbindlichen Art zu sprechen, war es dem Vortragenden nicht schwer, dem in dem guten Glauben zum Ausdruck gekommenen äußeren Erfolg auch einen gleichwertigen inneren zuzufügen, von dem der starke Beifall am Schluß der Ausführungen Zeugnis gab. Die Versammlung nahm einen ungehörigen Verlauf. Der Vortragende und die Debatte, denen unbedingte Hebrigkeit gewährt war, wurden ruhig und fast ohne Zwischenfälle angehört.

Herr Ministerialdirektor Dr. Dehne führte etwa folgendes aus: Der Wahlkampf ist eröffnet. Wenn er nicht täuschend, so sei die Lage die, daß es im wesentlichen um ein Kampfen gegen die Demokratie. Von links fürme man an unter dem Schlagwort: „Mittelstand“, „Diktatur des Proletariats“. Von rechts töne es entgegen: „Ihr habt die Interessen des Bürgerrechts nicht gewahrt, weg mit der Demokratie!“ Man solle zugeben, was zugegeben sei, und die Lage in Deutschland sei heute außerordentlich traurig und trostlos. Wir lebten heute noch unter dem Druck einer sich steigenden Teuerung; wir erlebten, daß bis in die Kreise des Mittelstandes hinein der Vater für die Familie nicht Kleider und Schuhe schaffen könne und das Brot erreiche einen Preisstand, der viele unserer Volksgenossen mit größter Sorge beten lasse: „Gib uns unter täglich Brot“. Die alte Ordnung sei noch längst nicht wiederhergestellt. Börsen habe einen ganzen Teil unseres Vaterlandes in Schwaben halten können. Die Kriminalstatistik weise erschreckende Zahlen auf. Es sei kein Zweifel, daß wir alle noch unter der Faust des Feindes leuften. Regier noch Senegal hätten Frankfurt a. M. und den Maingau besetzt und in den Bestimmungengebieten leben Gegner und Reutrake ihrem Uebermut die Jagel schienen. Es sei wirklich keine Lust zu leben.

Es sei klar, daß eine Zeit, die so schweres in sich trage, dem Gegner der Regierung Agitationsstoff die Fälle in die Hand gebe. Die gegnerischen Parteien gingen und schwert durch Laten in die Wahlen und seien in der Lage, durch Versprechungen alles, was das Herz begehrte, den Wählern zu bieten. In dieser Lage sei die Deutsche demokratische Partei nicht. Sie habe mitgearbeitet in der Regierung und könne und wolle sich der Verantwortung für ihre Taten nicht entziehen. Das ergebe zweifellos für sie eine ungünstige Lage. Sollte sie die Lage vom Parteihandpunkt aus angesehen, dann wäre sie niemals in die Regierung eingetreten. Es sei vorzuziehen gewesen, daß ihre Mitarbeit die Wäre nicht überwinden können. Sie habe gewünscht, was sie tat, habe gewünscht, daß sie sich beladen würde mit Mißfolgen. Trotzdem bekenne sich die Partei zu ihrer Politik und bereue die Mitarbeit nicht. Das Wohl des Vaterlandes habe ihr

höher gestanden wie die Rücksicht auf die Partei.

Man müsse sich fragen, sei es denn wirklich so, wie die Gegner sagten? Habe sich seit dem November 1918 bis vor den Kapp-Putsch nichts in Deutschen Reiches gebessert? Man müsse sich die Tatsachen klar und nüchtern vor Augen halten. Es habe sich allerhand gebessert und gehandelt und Anlässe zur Besserung seien vorhanden gewesen. In der Arbeiterchaft sei eine Beruhigung eingetreten gewesen. Es sei erreicht gewesen und zwar durch die Regierung, daß im Vergleich die Wirtschaft sich beruhigt habe und die Agitation für den Sechshundtag abgeklaut gewesen sei. Ferner sei erreicht gewesen, daß in wichtigen Betrieben, wie z. B. in den Eisenbahnwerkstätten und in Privatbetrieben, die Affordarbeit wieder eingeführt war. Als Folge dieser Maßnahmen sei das Arbeitsquantum geiegen gewesen. Auch politische seien gewisse Erfolge zu verzeichnen gewesen. Die Kriegsgefangenen hätten wir zurückbekommen gehabt und in der Unsicherungsfrage seien wir vor dem Schlimmsten bewahrt worden. Und die Gesetzgebung der Rationalisierung, sei sie ganz unfruchtbar gewesen? Hätten wir nicht ein Erbelegungsrecht bekommen? Sei nicht für die Opfer des Krieges gesorgt worden? Sei nicht für den Versuch unternommen worden, die heillos verfahrenen Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen? Die Finanzreform werde angegriffen, aber man möge darüber und über ihren Schöpfer denken wie man wolle. Tatsache sei, daß die Rationalisierung und die Regierung den Rat gefunden hätten, das Finanzseld an der Wurzel anzufassen und das zu verhalten, was unter Weiterleben bedroht hätte: den Staatsbankrott. Die Finanzreform sei das letzte Mittel gewesen, das Reich vor dem Bankrott zu bewahren. Der Bankrott des Reiches aber wäre unter aller Untergang gewesen; denn das Reich mache nicht bankrott, wenn wir nicht alle vorher bankrott gemacht hätten. Nicht nur der Reich, sondern auch wer Arbeitskraft habe, müsse sich fragen, daß, wenn wir nicht vor dem Abgrund zurückgehalten worden wären, wir alle hineingestürzt sein würden. Deshalb sei die Finanzreform eine große Tat. Für die politische Gegner sei das alles weniger als nichts. Sie seien fertig mit dem Verdammungsurteil gegen die Demokratie im allgemeinen und die Deutsche demokratische Partei im besonderen.

Man werde diesen Angriffen kühl und ruhig gegenüberstehen können. Wenn man gerecht urteilen wolle, dann müsse man sich fragen, welches sind die Ursachen des wirtschaftlichen und politischen Elends? Nur eine Antwort könne es geben: Der Krieg von fünf Jahren und sein Ausgang. Dies allein sei die Ursache des wirtschaftlichen Elends dieser Lage. Wir lebten in einer Zeit, deren wahres Wesen verhallt werde durch zahlreich wirtschaftliche und politische Irrtümer. Fünf Jahre sei es unterlassen worden, der Volkswirtschaft neues Blut auszuföhren, fünf Jahre seien keine produktiven Werte geschaffen worden, sondern es sei für den Krieg gearbeitet worden, und das sei keine produktive Arbeit. Was wir jetzt erlebten, sei die Folge einer fünfjährigen Unproduktivität. Viele Volksgenossen habe der Krieg der Volkswirtschaft entzogen und der Arbeit entzogen. Die Blockade habe uns von der Weltwirtschaft abgeschnitten gehabt, und Elend, Not und Tod seien die Folgen dieser Abschneidung bis in unsere Tage.

Wer das erkenne, sei sich klar, daß die Ursachen unserer Not im Kriege lägen, dessen Ausgang aber sei die letzte Ursache, daß wir nicht wieder auf die Arnie kämen, sondern gänzlich darniederlägen. Aber dafür sei die Deutsche demokratische Partei und die Regierung nicht verantwortlich. Mancher denke anders. Aber vielleicht wäre das Schlimmste und ernst erwartet gewesen, wenn wir eher erkannt hätten, daß das alte konstitutionelle Regime nicht in der Lage gewesen sei, die Lasten des Weltkrieges zu tragen. Man könne sich hierfür auf Helfrich, Lubendorff und Bethmann Hollweg beziehen, also auf Gewährsmänner, die auch die rechtstehenden Parteien nicht ablehnen könnten.

Das Uebel unserer Zeit werde nur überwunden werden können, wenn wir versuchten, die Kriegsfolgen zu überwinden, und das könne nur geschehen, wenn die, die guten Willens seien, zusammenhielten und versuchten, auf dem Boden der gegebenen Tatsachen neu aufzubauen. Es falle nicht leicht, diesen Entschluß zu fassen, sich zur Demokratie und Republik zu bekennen. Es seien gewöhnliche Hemmungen, die den Einzelnen hinderten, diesen Weg zu gehen und die im Verhältnis des Einzelnen zur Monarchie lägen. Die Monarchie sei eine historische Tatsache und es läge kein Grund vor, sie zu schmälern und zu verunglimpfen. Die Demokraten sähen in der Republik eine notwendige Entwicklung, in der Revolution kein Glück. Der Führer der Demokraten, Petterien, habe gesagt, die Revolution ist ein Unglück, wir hätten unter Adral, das parlamentarische System, auch erreicht ohne Revolution. Aber etwas anderes sei es, ob man sich aus diesen Bedenken heraus für die Wiederherstellung der Monarchie einsetzen wolle. Das schienen die Demokraten ab, weil jeder derartige Versuch das Volk ins Unglück führen werde, der Anfang des Bürgerkrieges wäre. Wenn jemand geglaubt habe, daß eine starke Faust über Nacht die Monarchie wieder einführen könne, der werde aus dem Kapp-Putsch gelernt haben. Aber auch der Möglichkeit, daß durch den Stimmzettel die Monarchie wieder eingeführt werden könne, solle man nicht nachgeben, es taue nicht, daß wir an den Grundfesten der Republik rüttelten. Wir mühten die Republik nehmen und sagen: ich habe ein wir sie und jetzt halten wir zu ihr. Das sei auch notwendig aus außerpolitischen Gründen. Hätten die Angehörigen des Kaisers den Frieden abgeschlossen, dann würden wir noch viel tiefer gedemütigt worden sein. Hemmungen lägen weiter auf dem Gebiete der Religion. Man glaube, die Demokraten seien die Partei der Religionslosen. Mit nichten. Die Deutsche demokratische Partei trete ein für die Trennung von Staat und Kirche. Nicht aus Feindschaft gegen die Religion, sondern weil sie glaube, daß das die gegebene Entwicklung sei. Auch fromme Christen seien der Meinung, daß die Kirche nur frei vom Staate das würde wieder sein können, was sie sein solle: die Gemeinschaft der Gläubigen. Daß die Demokraten nicht die Partei der Religionslosen sei, daß zeitig Friedrich Raumann, der bis zur letzten Stunde seines Lebens ein überzeugter Christ gewesen sei. Nicht religionslos, sondern tolerant wollten die Demokraten sein, sie wollten nicht Religion mit Politik verquiden. In der demokratischen Partei sei Platz für alle, welcher Religion sie auch seien. Ein anderer Grund liege

Mittwoch, den 19. Mai 1920, nachmittags 2 Uhr findet im Stadtpark die

Gravenersteigerung

statt. Desolischen anschließend (gegen 4 Uhr) Grabversteigerung auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Der Rat der Stadt Riesa, am 15. Mai 1920.

Verkauf von Suppenmehl und Fischlösen in Dosen

in der Volksschule in Gröba Montag, den 17. Mai 1920, vorm. 8—10 Uhr. Beutel mitbringen! Gröba (Elbe), am 14. Mai 1920. Der Gemeindevorstand.

Nichtfeuerwehr Gröba.

Mittwoch, den 19. Mai 1920, abends 1/8 Uhr soll im Grohe'schen Gasthofs in Gröba eine Verammlung aller in Gröba, Forberge und Unterreuthen aufständischen männlichen Personen im Alter von 22—30 Jahren, die der Nichtfeuerwehr anzugehören haben, stattfinden. Die Verammlung gilt als Nichtfeuerwehrrückmeldung. Unentschuldigtes oder nicht genügend begründetes Fehlen wird nach der Feuerlöschordnung bestraft. Gröba (Elbe), am 14. Mai 1920. Der Gemeindevorstand.

Der Plan über die Auslegung eines Fernsprecherabzels in der Straße Rindschichtchen liegt beim Postamt Riesa vom 17. ab 4 Wochen aus. Dresden-N., 11. Mai 1920. Ober-Postdirektion.

Die Gemeinde Radewitz beabsichtigt den Kommunikationsweg von Radewitz nach Berik in der Zeit vom 17. bis mit 22. d. M. mit Klarschlag zu bessern und den Fahrverkehr während der Zeit über

Glanzig — Markfledlich zu vertreiben.

Radewitz, am 14. Mai 1920. Thomas, Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17, Tel. Nr. 40. Die Geschäftszeit für die hiesige Geschäftsstelle wird ab

Montag, den 17. Mai 1920

wie folgt festgesetzt: Montag bis Freitag: vorm. 8 bis 11 Uhr, nachm. 1/3 bis 5 Uhr und Sonnabends von vorm. 8 bis 2 Uhr durchgehend.

Stellung erhalten sofort: 3 gelernte Metallschleifer, 3 Maurer für Gipsputz, 1 Schmelz, über 25 Jahre alt, eine Anzahl Dienst- und Haus-Mädchen ev. mit Kochkenntnissen für Herrschaft und Restaurant bei gutem Lohn, landw. Dienstmägde bis 25 Jahre gegen den neuesten Tariflohn, 2 landw. Burchen bis 17 Jahre gegen Tariflohn, 1 Feilwerk-lehrling in Riesa.